

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 28.09.2017

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 28.09.2017
Beginn: 19:17 Uhr
Ende: 21:04 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Bürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

ohne Ziffer 6

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Werner May

Stadtrat Manuel Müller

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

Stadträtin Jutta Wallrapp

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

Ohne Ziffer 6

Stadträtin Andrea Schmidt

Stadträtin Bianca Tröge

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Stadtrat Hans Schardt

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Verwaltungsrätin Monika Erdel

Stadtplaner Torsten Fischer

Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Herr Icli, Hochbauverwaltung

Ziffer 1

Herr Schäffner, arc.grün

Ziffer 2

Entschuldigt:**Vorsitzender**

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

SPD-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Klaus Heisel

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Dietrich Hermann

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

**1. Wiederinbetriebnahme Kindergarten
Marshall Heights CDC (Children Development Center)**

Bürgermeister Güntner verweist kurz auf die Sitzungsvorlage Nr. 2017/196 sowie auf die Diskussion im nichtöffentlichen Teil hinsichtlich der Wiederinbetriebnahme des Kindergartens in den Marshall Heights.

In folgender kurzen Diskussion wird vor allem die Kostensteigerung thematisiert, die sich von der Kostenschätzung zur Kostenberechnung ergeben hat. Dies wird auch unter den Aspekt bemängelt, dass beim Grundsatzbeschluss zum Erwerb des Kindergartens von einem geringen Herstellungsaufwand ausgegangen wurde.

Stadtrat Dr. Pfeiffle ist der Auffassung, dass zukünftige Maßnahmen nur dann beschlossen werden sollten, wenn die Rahmenbedingungen bekannt seien und es hierfür eine Kostengrenze gebe.

Stadtrat Moser verweist auf die erheblichen Mittel die beispielsweise Schweinfurt oder Würzburg für die Konversion erhält. Darüber hinaus stellt er dar, welche Aufwendungen die Stadt Kitzingen für die zentrale Übernahme der Flüchtlingsarbeit im Landkreis hat. Er bittet, dass sich die Verwaltung aufgrund der zukunfts-trächtigen Investition in einem Konversionsgebiet in München nach einer Förderung erkundigt.

Bürgermeister Güntner stellt dar, dass man nachfragen könne, er sich hierbei jedoch keine Hoffnungen mache.

Stadtrat Böhm und Stadträtin Glos bittet um Aufnahme einer Bedingung im Beschlussentwurf hinsichtlich des Kaufvertrages.

Bürgermeister Güntner stellt dar, dass diese Ergänzung nicht hinzugefügt werden könne.

beschlossen dafür 21 dagegen 5

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/196 wird Kenntnis genommen.
2. Das Projekt „Wiederinbetriebnahme Kindergarten Marshall Heights CDC“ wird gemäß der Variante 02 umgesetzt.
3. Die im Haushalt (HHST:1.4644.9453) bereitgestellten Mittel in Höhe von 1,16 Mio. Euro werden um 790.000 Euro auf 1,95 Mio. Euro erhöht.

Stadtrat Böhm gibt zu Protokoll, dass er nur aufgrund der fehlenden Bedingung hinsichtlich des Kaufvertrages gegen den Beschlussentwurf gestimmt habe. Ansonsten spreche er sich für die Wiederinbetriebnahme des Kindergartens in der vorliegenden Form aus.

2. Gestaltung des Oberen Mainkais; Darstellung der Entwurfsplanung und der Kostenberechnung

Stadtplaner Fischer verweist kurz auf den Sachverhalt Nr. 2017/213 und stellt dar, dass im Wesentlichen an der Grundgestaltung der vorherigen Vorstellungen festgehalten wurde.

Herr Schöffner, Büro arc.grün, geht anhand einer Präsentation ausführlich auf die Planungen zur Gestaltung des Oberen Mainkais ein. Dabei verweist er vor allem auf die homogene Fläche, die nicht mehr zwischen Fahrbahn, Weg und Parkflächen unterscheidet, jedoch die jeweilige Nutzung durch die Gestaltung sichtbar wird.

Er verweist auf die verschiedenen Gestaltungselemente und geht auf die Straßenquerschnitte ein. Letztlich stellt er dar, dass durch die Umgestaltung eine höhere Aufenthaltsqualität in diesem Bereich geschaffen werde.

Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent spricht sich für die Umgestaltung des Mainkais in dieser Form aus und freut sich, dass ein vertretbarer Ansatz hinsichtlich der Anliegerbeiträge gefunden wurde.

Auf Nachfrage stellt Stadtplaner Fischer dar, dass man hinsichtlich der Anliegerbeiträge ein fiktives Projekt gerechnet habe, welches für einen Mindestausbau notwendig wäre. Anhand dessen sollen die Anliegerbeiträge berechnet werden. Die Verwaltung hoffe, dass dieses Vorgehen vom Landratsamt mitgetragen werde.

Bauamtsleiter Graumann stellt auf Nachfrage dar, dass ca. 20 Parkplätze wegfallen und letztlich noch 31 Parkflächen zur Verfügung stehen werden.

Stadtrat Steinruck ist der Auffassung, dass die geplanten Auskragungen nicht benötigt werden, wodurch man sich letztlich auch wieder Kosten sparen könnte.

beschlossen dafür 24 dagegen 2

Vom Sachvortrag Nr. 2017/213 wird Kenntnis genommen.

3. Touristinformation; Grundsatzbeschluss über räumliche Erweiterung und Renovierung

Verwaltungsrat Hartner geht kurz auf den Sachverhalt Nr. 2017/195 ein und stellt dar, dass die Nachbesetzung der Leitung der Tourist-Info (TI) entgegen der Darstellung im Sachvortrag nun unbefristet ausgeschrieben wurde. Derzeit gehe es nur um den Grundsatz, die Räumlichkeiten der Tourist-Info zu erweitern und zu sanieren. Eine zeitliche Einteilung müsse anschließend in Absprache mit dem Bauamt erfolgen, wobei mit einem Beginn in 2018 nicht gerechnet werden könne. Es gehe heute alleine um die räumlichen Gegebenheiten, nicht um Konzepte, Ziele oder Personen.

Stadträtin Wallrapp als Referentin für Tourismus verweist auf den Bedarf einer kundenfreundlichen Gestaltung der Tourist-Info und spricht sich für den Beschlussentwurf aus. Sie bittet, dass die Mitarbeiter der TI in die weitere Planung bzw. Umsetzung einbezogen werden.

Stadtrat Freitag ist der Auffassung, dass man mit der vorgelegten Planung das Ziel einer modernen und zukunftsorientierten Tourist-Info nicht erreichen könne, nachdem nicht mehr Raum zur Verfügung stehen würde. Seiner Auffassung nach, benötige man andere Räumlichkeiten. Die bisherige Tourist-Info würde sich perfekt als Weinlokal eignen.

Weitere Wortmeldungen (Stadtrat Moser, Stadtrat Christof, Stadtrat Steinruck, Stadträtin Dr. Endres-Paul) unterstützen die Auffassung von Herrn Freitag. Dabei wird auch darauf verwiesen, dass die neue Leitung ein Konzept für die zukünftige Ausrichtung des Tourismus vorlegen müsse, welches in die zukünftigen Planungen einbezogen werden müsse.

Stadträtin Schwab und Stadtrat Stiller sprechen sich für den Erhalt des sog. Niersers-Haus als Tourist-Infos aus. Stadträtin Schwab ergänzt, dass ggf. die freigegebenen Räumlichkeiten von Sinkel für die zukünftigen Planungen verwendet werden könnten.

Stadtrat Pauluhn spricht sich ebenfalls für eine Gesamtlösung aus. Er bittet jedoch, falls ein Handlungsbedarf im Rahmen des Unterhaltes bestehe (Böden, Regale, Wände), dass dieser bereits unverzüglich erledigt werde.

Bürgermeister Güntner stellt fest, dass in heutiger Sitzung lediglich eine Kenntnisnahme vorgesehen war, die Entscheidung ist für den 24.10.2017 geplant. Die Verwaltung nimmt die Anregungen mit auf und wird dies soweit möglich bis zur nächsten Stadtratssitzung thematisieren.

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag 2017/195 wird Kenntnis genommen.

4. Anträge von Fraktionen und Gruppen

4.1. Antrag der SPD-Fraktion; hier: Ansiedlung eines Hausarztes im Stadtteil Siedlung, Bau eines Ärz- tehauses und Schaffung von Anreizen für den Standort Kitzingen für einen neuen Hausarzt

Bürgermeister Güntner verweist kurz auf den Antrag der SPD samt Sachverhalt Nr. 2017/222. Er stellt dar, dass es gegenwärtig von einer anderen stadtnahen Institution Überlegungen gebe, ein vergleichbares Angebot in der Siedlung zu schaffen.

Stadträtin Glos verweist kurz auf den Antrag der SPD und auf den Handlungsbedarf seitens der Stadt Kitzingen für die Ärzte im Allgemeinen sowie die vakante Hausarztstelle in der Siedlung im Besonderen. Es gibt eine Unterschriftenliste diesbezüglich, die sie an Bürgermeister Güntner aushändigt.

Stadtrat Moser gibt zu bedenken, wie mit Blick auf die übrigen Aufgaben der Stadt Kitzingen die Finanzierung dieses Kataloges erfolgen soll.

Stadträtin Dr. Endres-Paul ist der Auffassung, dass man nur dann Ärzte bzw. Fachärzte nach Kitzingen bekommen könne, wenn die Stadtverwaltung gewisse Anreize schaffe. Dies habe für sie Priorität vor diversen investiven Maßnahmen.

Stadtrat Dr. Pfeiffle stellt dar, dass die Problematik im Antrag richtig beschrieben sei. Er gibt jedoch zu bedenken, dass diese nicht alleine durch eine Immobilie gelöst werden könne. Hierfür sei eine andere Konzeption nötig.

abgelehnt dafür 8 dagegen 18

Es besteht Einverständnis, dass die Stadt Kitzingen

1. ein Ärztehaus mit geeigneten Praxisräumen errichtet
2. dieses Ärztehaus den heutigen Anforderungen hinsichtlich Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden entspricht
3. für dieses Ärztehaus kostenlose, zeitlich unbegrenzte Parkplätze vor der Praxistüre schafft.

Darüber hinaus gewährt die Stadt Kitzingen den interessierten Ärzten jede mögliche Unterstützung bei der Niederlassung durch

4. Mitgestaltung der Praxisräume bei einem Neubau

5. Veröffentlichung der Praxisräume in den entsprechenden Medien (Bayerisches Ärzteblatt, Mitteilungsblatt des Ärztlichen Kreisverbandes, örtliche Printmedien, Homepage der Stadt Kitzingen etc.)
6. Vermietung der Praxisräume für einen gewissen Zeitraum kostenlos.
7. Vermitteln (wenn notwendig) zwischen abgebenden Arzt und möglichen Interessenten.
8. Unterstützung bei Behördengängen und etwaigen Beratungsstellen.
9. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Kreditinstituten Vermittlung von kostengünstigen Anschubfinanzierungen.
10. Kostenlose Vorhaltung/ Zur Verfügungstellung von Plätzen in Kitas für einen gewissen Zeitraum
11. Unterstützung bei der evtl. Suche nach einem Baugrundstück oder einem geeigneten Wohnraum.
12. Einholung von Hilfestellungen über das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Diese Unterstützungsleistungen der Stadt gelten auch möglichst in einer Übergangsphase eines abgebenden Arztes – bis ein halbes Jahr nach dessen Schließung.

13. Als sofortige Maßnahme sollte die Stadt Kitzingen dringend einen Kontakt zu den „aufgebenden“ Ärzten suchen und ihre Unterstützung bei allen notwendigen Maßnahmen aktiv anbieten und dabei die Vermittlungsbörse für Ärzte einbinden.

4.2. Antrag der ÖDP-Stadtratsfraktion; hier: Resolution gegen die Auflösung der dezentralen Unterkünfte für Asylbewerber

Stadtrat Pauluhn geht ausführlich auf den Antrag der ÖDP hinsichtlich der Resolution gegen die Auflösung der dezentralen Unterkünfte für Asylbewerber ein und bittet, dieser zuzustimmen.

Stadträtin Glos als Integrationsreferentin gibt ihrerseits eine Stellungnahme ab und stellt dar, dass eine dezentrale Unterbringung am sinnvollsten sei. Integration gelingt am besten in kleinen Einheiten.

Sie stimmt der Resolution zu, auch wenn sie befürchtet, dass sie wenig Aussicht auf Erfolg habe, nachdem der Freistaat bereits eine anderslautende Anordnung an die Landratsämter erlassen hat. Ihrer Auffassung nach sei der wichtigste Bereich der Resolution, dass der Freistaat die Bundesmittel an die Kommunen weiterleitet.

Stadträtin Glos dankt abschließend den ehrenamtlichen Helfern für ihre Arbeit.

beschlossen **dafür 16** **dagegen 10**

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/174 wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte „Resolution des Stadtrates von Kitzingen an den Bayerischen Landtag zur Aufrechterhaltung von dezentralen Unterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge“.

5. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für den Fastnacht-Verband Franken e. V. zur Absicherung eines Zuschusses aus dem Kulturfonds Bayern; Projekt Deutsche Fastnachtakademie Kitzingen

Stadtkämmerin Erdel geht ausführlich auf den Sachverhalt Nr. 2017/184 ein und stellt die verschiedenen Tatbestandsvoraussetzungen für die Gewährung einer Bürgschaft dar.

Sie kommt zum Ergebnis, dass davon drei Voraussetzungen vorliegen und drei Voraussetzungen nicht vorliegen und somit grundsätzlich ein Risiko für die Stadt Kitzingen bestehe, weshalb ein positiver Beschluss nicht empfohlen werden könne.

Nachdem jedoch die Maßnahme für die Stadt Kitzingen von großer Bedeutung sei, könne allenfalls auf Grundlage des städtischen Grundsatzbeschlusses eine Bürgschaft in Höhe von 80 % der Zuschusssumme für die Dauer von 15 Jahren zu 0,25 bis 0,50 Avalprovision gewährt werden.

Gleichwohl bleibe es dem Gremium anheimgestellt, einen anderen Betrag zu beschließen.

In folgender kurzer Diskussion wird auf die umfassende Förderung für das Fastnachtmuseum sowie die Fastnachtakademie verwiesen, weshalb eine weitere Sonderbehandlung nicht zu vertreten wäre.

abgelehnt **dafür 4** **dagegen 22**

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/184 wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen übernimmt eine Ausfallbürgschaft für die Dauer von 25 Jahren für alle Rückforderungsansprüche an den Hauptschuldner, den Fastnacht-Verband Franken e. V. in Höhe der im Rahmen der Förderung nach dem Kulturfonds Bayern an diesen gewährte Zuwendung und darüber hinaus für Zinsen und Kosten aller Art, welche dem Gläubiger aus dieser Forderung entstanden sind oder noch entstehen werden.

**6. Antrag von Stadtrat Christof zur Geschäftsordnung
Absetzung der Tagesordnungspunkte "Behandlung der Textziffern der überörtlichen Prüfung"**

Stadtrat Christof stellt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit den Antrag, die Tagesordnungspunkte bezüglich der Textziffern der überörtlichen Prüfung des öffentlichen und nichtöffentlichen Teils von der Tagesordnung zunehmen und im nächsten Stadtrat zu behandeln.

beschlossen dafür 17 dagegen 7

Mit dem Antrag von Stadtrat Christof besteht Einverständnis.

7. Bayer. Kommunalen Prüfungsverband - Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015

**7.1. Bayer. Kommunalen Prüfungsverband - Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015
Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen;
TZ 1 Abbau eines Verwendungsrückstandes**

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

**7.2. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015
Textziffern TZ 7 b; TZ 1 a; b; c; d; e; f; TZ 2 a; b; TZ 6 b; TZ 7 a bb; TZ 8 a; b;
c, e**

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

**7.3. Bayer. Kommunalen Prüfungsverband - Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015;
TZ 4c), 15a), 15b), 16, 17 und 34**

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

**7.4. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015;
Textziffern 5b, 18, 19, 23, 27a und 33**

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

**7.5. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015; Textziffern 13 a)
und b); 14 a) bis d)**

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

**7.6. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2011-2015
Textziffern 25 und 27**

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

**7.7. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015;
TZ 28: Die Vereinbarung zur Herausgabe der Monatszeitschrift "Der Falter"
wurde ohne Wettbewerb verlängert**

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

7.8. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015: TZ 30 - Anpassung des Verwaltungskostenbeitrages für die Führung der vhs-Geschäftsstelle

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

**7.9. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2011 bis 2015;
Textziffer 32**

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

**7.10. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015;
Textziffern: 35, 36, 37, 37a, 37b, 37c, 37d, 38, 39, 39a, 39b, 39c, 39d, 39e**

zurückgestellt

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Stadtratssitzung am 24.10.2017 behandelt.

**8. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm III - Stadtumbau West;
Bedarfsmitteilung 2018**

beschlossen dafür 25 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag 2017/179 wird Kenntnis genommen.
2. Das Antragsvolumen der förderfähigen Kosten für das Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West für die Haushaltsjahre 2018 - 2021 wird wie folgt festgesetzt:

2018:	1.725.000 €
2019:	3.035.000 €
2020:	2.610.000 €
2021:	3.205.000 €
Gesamt 2018 - 2021:	10.575.000 €

3. Die aus der Anlage der Sitzungsvorlage ersichtlichen Einzelmaßnahmen werden zur Förderung angemeldet.

**9. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm II - Soziale Stadt;
Bedarfsmitteilung 2018**

Stadtkämmerin Erdel verweist kurz auf den Sachvortrag Nr. 2017/181.
Stadträtin Schmidt bittet die Mittel bei Ziffer 1.1 (Sanierung Spielplatz Königsberger Straße) vorzuziehen, damit in 2018 die vom Bürger gewünschte Maßnahmen auch angegangen werde.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass eine Umsetzung grundsätzlich möglich sei. Die Verwaltung wolle zunächst die Nachbesetzung des Quartiersmanagers sowie der Fortschreibung des Handlungskonzeptes abwarten.
Als Kompromiss schlägt er vor, ins Jahr 2018 30.000,00 € zur Handlungsfähigkeit vorzuziehen.

Bürgermeister Güntner bittet zunächst um Abstimmung des Einzelantrags bevor über den Beschlusentwurf in Gänze abgestimmt wird.

beschlossen dafür 18 dagegen 8

Es besteht Einverständnis für die Maßnahme „Sanierung Spielplatz Königsberger Straße“ vom Jahr 2019 30.000,00 € auf das Jahr 2018 vorzuziehen.

beschlossen **dafür 19 dagegen 7**

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/181 wird Kenntnis genommen.
2. Das Antragsvolumen der förderfähigen Kosten für das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt wird für die Haushaltsjahre 2018 - 2021 wie folgt festgesetzt:

2018:	283.000 €
2019:	503.000 €
2020:	653.000 €
2021:	163.000 €
Gesamt 2018 - 2021:	1.602.000 €

3. Die aus der Anlage der Sitzungsvorlage ersichtlichen Einzelmaßnahmen werden zur Förderung angemeldet.

**10. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen;
Festsetzung des Verwaltungskostenbeitrages an die Stadt Kitzingen**

beschlossen **dafür 25 dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag 2017/191 wird Kenntnis genommen.
2. Der jährliche Verwaltungskostenbeitrag (fällig am 30.06.) von der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen an die Stadt Kitzingen wird für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2022 auf 3.500 € festgesetzt.

11. Berichtswesen

Bürgermeister Güntner verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 28.09.2017.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

12. Sonstiges

**12.1. Bitte von Stadtrat Pauluhn
Umfang der Tagesordnung mit Blick auf den Sitzungsbeginn**

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Umfang der Tagesordnung und auf den festgelegten Rahmen von 18.00 Uhr bis 21.00 Uhr. Er bittet, dass bei derartigem Umfang die Sitzung früher beginne bzw. das Sitzungsende auch nach 21.00 Uhr möglich sei.

Bürgermeister Güntner nimmt dies zur Kenntnis.

**12.2. Hinweis von Stadtrat Steinruck
Vortragsreihe in der Alten Synagoge zum Thema Energie**

Stadtrat Steinruck verweist auf die Vortragsreihe in der Alten Synagoge zum Thema Energie, vor allem auf den Vortrag am gestrigen 27.09.2017. Bedauerlicherweise war kein Vertreter der städtischen Tochter, der LKW an dieser Veranstaltung anwesend.

Bürgermeister Güntner nimmt dies zur Kenntnis.

Bürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 21:04 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Stefan Güntner
Bürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt